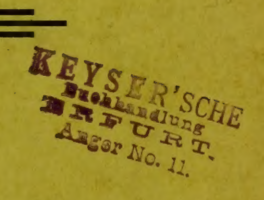
50 Pfge.

Bismarck und der Hof

M. Brewer (?)

Dreizehnte Auflage



Dresden
Verlag der Druckerei Glöß
1892

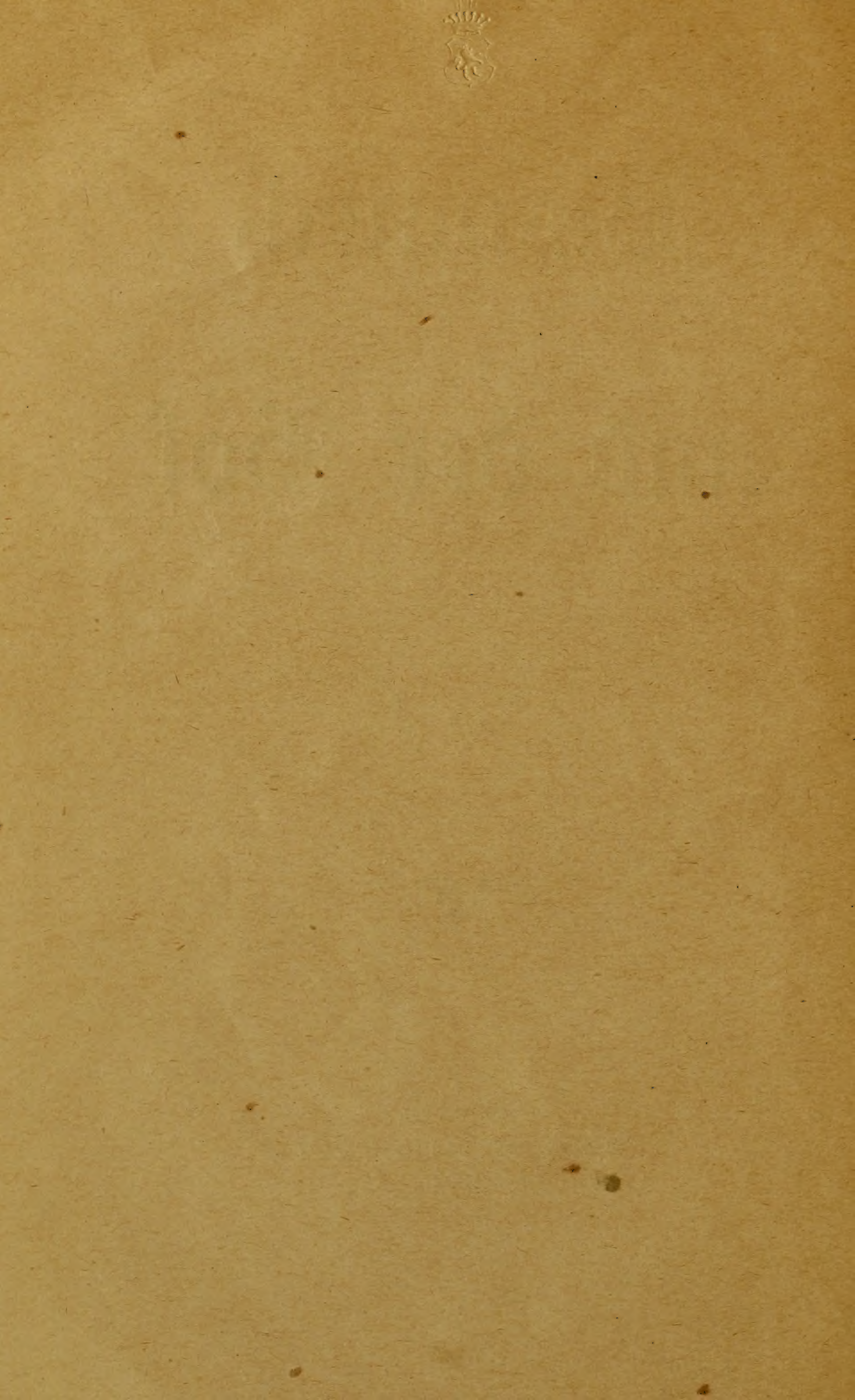


Bismarck

und der Hof

* * *

Dresden
Verlag der Druckerei Glöß
1892





Die Geschichte liebt die Wahrheit und hält sie fest, auch wenn der Haß oder die Liebe den Schleier der Legende über die Begebenheiten breitet. Die Geschichte vom Sturze Bismarcks entbehrt noch der Klarheit, und doch kann diese Geschichte, unparteiisch und offen dargestellt, nicht allein das Urtheil über die Vergangenheit klären, sondern auch den sichersten Anhalt bieten für die Bewerthung der Gegenwart.

Mit schwülstigen Begeisterungsartikeln über Festreisen und Festreden ist es heute nicht gethan. Herabgestürzt von der glänzenden Höhe, auf welcher Deutschland unter Kaiser Wilhelm I. und seinem Kanzler stand, treiben wir in das Meer einer unsicheren Zukunft. Es ist eine starke Autorität, die sondergleichen war, zerschmettert worden, aber keine neue ist an ihre Stelle gesetzt. Das mögen die gegenwärtigen Machthaber verkennen, weil der Jubel der Internationalen ihr Ohr täuscht, während die Trauer der Patrioten stumm bleibt; aber es mag doch Stunden geben, in welchen es den Männern, die an der Spitze stehen, bange wird um ihr Heil: das sind solche Momente, die sich in der Oeffent-

lichkeit als unfaßbare, in ihren Gründen nicht zu begreifende Schwankungen darstellen. Der Erfolg ist der sicherste Werthmesser der Geschichte. Bismarck hat uns das Reich geschaffen, er hat uns das Recht gegeben und die Pflicht auferlegt, national zu denken und zu fühlen. Bismarck hat Kelle auf Kelle zum Reichsbau herbeigeschleppt; wären die, die des Lebendigen Erbe antraten, ihm gleich, so müßten wir uns bescheiden. Aber sie sind es nicht, Keiner von ihnen; darum bleibt das Wort des getreuen Ekkard klingen in unseren Ohren, daß man bereits beginne abzubröckeln an seiner Schöpfung. Es ist ein schweres Werk, dies offen festzustellen, schwer besonders für den, der in der Kraft des monarchischen Gedankens das Heil unseres Volkes erblickt; es ist ein trübes Amt, aber geboten in Zeiten, wo die Stimme des Warners nothwendig ist wie heute. Eines allerdings erleichtert dieses Amt: Kaiser Wilhelm selbst ist so oft hinabgestiegen in den Kampf der Parteien, daß er den Kritiker selbst aufgerufen hat und daß er es ertragen muß, wenn die Thaten seiner Regierung auf der Waage der Unparteilichkeit gewogen werden.

Diese Unparteilichkeit wird aber nur dort sein, wo Liebe zur Monarchie sich mit freiem Blick für die Schwächen der Menschen vereint und wo der Haß nicht das Auge trübt. Heute finden wir solche Unparteilichkeit kaum. Wenn zwei Ringer gegen einander stehen, so ist es billig, daß Sonne und Licht gleichmäßig vertheilt sind; heute, wo der neue Kurs gegen den alten ringt, ist dies nicht der Fall. Schutzlos steht Fürst Bismarck gegen alle Geschosse, er steht nicht einmal unter dem völkerrechtlichen Schutze gegen vergiftete Kugeln. Nur der Schild bewährter Tüchtigkeit deckt den ehrwürdigen Leib des greisen Helden.

Man hat anfangs versucht, sich über die Schmerzlichkeit des Anblicks, wie man einen Bismarck schändet, damit zu trösten, daß ein wirklicher Gegensatz zwischen dem Kaiser, den Männern des neuen Kurses und dem Altkanzler nicht bestehe. Wen in dieser Hinsicht noch nicht die Ereignisse belehrten, der denke daran, daß am 1. April 1891 in Friedrichsruh selbst von den Ministern des Auslandes und zahllosen Fürsten Europas Glückwünsche eintrafen, während die Nachfolger des größten deutschen Staatsmannes den Tag vergaßen. Gerade darum aber, gerade weil der Gegensatz hiermit auf das Schärfste betont ist, begehrt das deutsche Volk dringend, daß die denkwürdige Schrift, mit der Bismarck vom Amte schied, der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werde. Denn es heißt, daß sie in ausführlicher Begründung den sachlichen Gegensatz zwischen dem Einst und dem Später hervorhob. Es wäre Pflicht des Parlamentes gewesen, die Bekanntgabe der Schrift zu verlangen, und dringend erwacht die Hoffnung, daß dies noch jetzt geschehe. Es ziemt sich nicht, daß vor der Nation noch heute als Grund des verhängnißvollsten Ereignisses unserer neueren Geschichte der leidende Zustand des einstigen Kanzlers gilt, heute, wo man es weiß, daß er gerade damals sich des höchsten Wohlbefindens erfreute.

Der Jude Jakoby glaubte einst, die Lösung eines großen Räthsels auszusprechen, als er dem vierten Friedrich Wilhelm entgegenrief, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten. Das größere Unglück ist es, daß den Königen Niemand die Wahrheit sagt. In den Händen des Königs liegt die Macht, Gnaden zu erweisen, zur Höhe emporzuheben und — zu zerschmettern. Wohl mag es selten sein, wenn diese reiche Fülle in den Händen der

Jugend ruht, daß nicht der Irrthum sein unwillkommenes Spiel treibt; gerade deshalb aber mußte im Rathe der Jugend die bewährte Tüchtigkeit, welche die Opposition nicht scheut, zu Worte kommen. Fürst Bismarck war ein solcher Opponent, er hat keinen Nachfolger erhalten. Er war Opponent, auch wenn er unbequem ward, und er war um so unbequemer, weil sich seinem Worte das Gewicht der Erfahrung und des Erfolges gesellte. Er hat Leuten Platz gemacht, welche die Unfehlbarkeit des katholischen Kirchenhauptes auch auf den obersten Bischof der lutherischen Kirche gern übertragen möchten. So folgten dem Manne von Eisen die Männer der Koch'schen Lymphe.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Persönlichkeit unseres Kaisers im Vordergrunde jeder Darstellung des gegenwärtigen politischen Systems stehen muß, nicht weil ihm vor der Nation irgend eine Verantwortung zukommt, sondern weil er die persönliche Initiative in allen drängenden Fragen ergreift. Und doch ist es ein beklagenswerther Irrthum, die Person des Herrschers zum Gegenstande einer oft wenig ehrerbietigen Kritik zu machen. Nie und nimmer trifft den Monarchen der Tadel, sondern die Männer, welche vor Gott und den Menschen die Verantwortung tragen. Billigen sie die Initiative des Monarchen, so haben sie für die Folgen zu haften; billigen sie dieselbe aber nicht, so müssen sie ihr Portefeuille niederlegen in die Hände ihres kaiserlichen Herrn. Fürst Bismarck ist schweren Herzens gegangen, aber er ging, als er glaubte, vor seinem Volke nicht die Verantwortung für bestimmte Dinge tragen zu können. Maybach, Scholz und Lucius folgten seinen Spuren. Wenn Herr von Caprivi und die Seinen nicht übereinstimmen mit den Thaten des Monarchen,

so ist es ihre Pflicht, zu gehen. Die Geschichte Goßlers darf nicht zum Paradigma in der Geschichte Deutschlands werden. Wehe dem Volke, dessen Minister willenlose Werkzeuge würden!

Es ist kaum zu leugnen, daß alle hervorstechenden Züge der neuen Machthaber bisher in einem großen Theile des Volkes tiefen Mißmuth erregten. Nur im Zentrum und bei den Polen finden die Thaten des neuen Kurses merkwürdige Zustimmung, bei Parteien also, die wir bisher am wenigsten versucht waren, als die Vertreter einer wahrhaft nationalen Politik anzusehen. Nicht die Ehren allein, die einst Windthorst und Frankenstein erwiesen wurden, nicht allein der Umschwung des von schutzzöllnerischen Bauern gewählten Zentrums zu den Handelsvertägen, sondern tausend andere Thatsachen deuten darauf hin, daß der neue Kurs der Kurs des römischen Zentrums ist. Es ist nicht zu verkennen, daß Miquel die Seele des ganzen Systems ist, und tiefbegründet ist die Annahme, daß gerade er ein Anhänger der Lehre Loyolas, ein Jesuit sei de courte robe, der in genauer Kenntniß und in kluger Berechnung des Charakters unseres Kaisers die Dinge einem unerwünschten Ziele zutreibt.

Es ist selbstverständlich, daß sich bei Hofe zahlreiche Einflüsse geltend machen, die unter der Maske des reinen Patriotismus dies egoistische Streben nach Macht zu verbergen wissen. Gerade unter dem heutigen Regime werden im Allgemeinen solche Bestrebungen am sichersten auf einen gewissen Erfolg zu rechnen haben, die nicht allzu offenkundig heraustreten. Denn selbstbewußte Persönlichkeiten dulden keine Stricke an Händen und Füßen; allerdings vermögen sie es oftmals nicht, gleich Gulliver die feinen Bande der Zwerge zu zerreißen. „Regis voluntas suprema lex“ gilt wohl bei Hofe, aber auch nur scheinbar.

Vielfach war man geneigt, alle heimlichen Einflüsse in der Person des Herrn Hinzpeter zusammenzufassen, man sprach sogar von einer gewissen „Verhinzpeterung" des Hofes und meinte dabei auch Leute wie Douglas, Güßfeld, Herrn und Frau von Bötticher, Herrn und Frau von Marschall, Herrn und Frau von Koszielsky, Miquel u. A. In gewissen Kreisen gilt die Kaiserin Friedrich als besonders einflußreich, doch geht man in dieser Annahme fehl. Die Tochter der Königin Viktoria ist viel zu klug, als daß sie irgend einen direkten Einfluß auf ihren kaiserlichen Sohn auch nur zu besitzen wünschte. Vielleicht aber könnte die Figur des Herrn von Marschall das Auge nach Baden lenken, von wo der von seinem Neffen besonders verehrte Großherzog die Keime des Liberalismus in dem jungen Herrscher sorglich nährt. Welche Ziele die einzelnen Persönlichkeiten in der Umgebung des Kaisers verfolgen, das läßt sich nicht in einem einzigen Worte aussprechen. Andeutungen im Einzelnen ergeben sich vielleicht später. Diese Ziele zeigen sich keineswegs überall so klar, wie bei dem Herrn von der Schulenburg, der unmittelbar nach seinem tückischen Angriffe auf Friedrichsruh zum Oberstlieutenant a. D. avancirte.

Psychologisch wäre eine Einflußnahme des Streberthums nicht schwer erklärbar. Man weiß, daß gerade Monarchen, welche die Eigenschaft des Selbstvertrauens in besonderem Maße besaßen, unter dem ungeahnten Einflusse nicht geistig übergeordneter, sondern vollkommen untergeordneter Persönlichkeiten bis zum Kammerdiener herab standen. Gerade für selbstbewußte Fürsten bilden geschmeidige Menschen eine böse Gefahr; Schönredner können die Tugend zu ihrem Schattenbilde verkehren. Ein solcher Schönredner ist Herr

Miquel. Klug, überaus gewandt, reich an Erfahrung guter und schlechter Art, verfügt er über eine glänzende Rhetorik, welche die Zuhörer besticht. Er ist, so lange er Abgeordneter war, der glänzendste Redner des Reichstags gewesen, was allerdings nicht heißt, daß er der beste Redner war. Seine Dialektik ist meisterhaft, und da er das Gewicht der Erfahrung zwar besitzt, dieselbe jedoch nie geltend macht, so mag er wohl einen außerordentlichen Einfluß auf den Kaiser ausüben. Man glaubt, an vielen Stellen den häßlichen Spuren des früheren Bankiers zu begegnen; wo er überall seine Hände im Spiele hat, das weiß außer ihm wohl Niemand. In sehr vielen Dingen aber gleicht er, wie gesagt, einem Jesuiten, wenn er auch seine Zugehörigkeit zum Orden mit allem Eifer leugnen mag. In den Zeiten des Kulturkampfes trat recht oft die Erscheinung zu Tage, daß sich, wenn die Wogen im Zentrum auch noch so hoch gingen, dieselben spielend legten, sobald Herr Miquel, der nationalliberale Kulturkämpfer, mit Windthorst zu verhandeln begann. Die Beiden kannten sich genau, wie zwei Vogelschauer. Gegen den nationalliberalen Miquel regt sich im ganzen Zentrum auch jetzt, wo er Minister ist, kein Oppositionslüftchen. Bemerkt sei auch, daß im Jahre 1888, als Miquel in Nassau in Bezug auf den Fürsten Bismarck ausrief: „Den guten Mann erkennst du an der Dankbarkeit gegen empfangene Wohlthaten. Wehe dem Volke, welches diese Tugend so sehr verleugnete, an die Stelle der Verehrung zu setzen Haß und Erbitterung" — Fürst Bismarck noch im Amte war.

Das Vertrauen auf seine eigene Kraft mag auch den Anlaß bilden, daß Kaiser Wilhelm solche Männer um sich zu sehen liebt, die eventuell von ihm abhängig und daher voraus=

sichtlich ergebene Vollstrecker seiner Befehle sind. Der Kaiser soll gern solche Personen heranziehen, die durch Kinderreichthum, durch große Schulden und dergleichen in ihm den Retter ihrer wirthschaftlichen und moralischen Existenz erblicken, die sich an ihr Amt klammern müssen, auch wenn sie einmal unsanfte Szenen erleben. Der Kaiser hat selbst einmal gesagt, er werde Jeden zerschmettern, der ihm widerstrebe; Herrn von Böttícher konnte an diesem Schicksale nichts gelegen sein. Herr von Bötticher besitzt eine glückliche Eigenschaft: Er ist klebrig. Ob alter Kurs, ob neuer Kurs, ob Hott oder Hü — er klebt. Das Wort, das ihm im Reichstage bei der Berathung über die Quittungsmarken für die Altersversorgung von dem Juden Bamberger zugerufen wurde: „Kleben und kleben lassen!" scheint sein Wahlspruch geworden. Angewiesen auf sein Ministergehalt, ohne Privatvermögen, ja, ohne die Munifizenz des Fürsten Bismarck tief verstrickt in Verlegenheiten, die nicht bloß finanzieller Art waren, verfügt er über eine Schaar von etwa neun Kindern und daneben noch über eine leiblich hübsche, ungemein anspruchsvolle Frau, die denn auch wohl wesentlich den Sporn bei seinem Thun und Treiben bilden dürfte. Es wird vielleicht die Betheiligung dieser Frau an dem Sturze des Fürsten Bismarck und die Geschichte ihres Bündnisses mit der Familie von Marschall in künftigen Tagen durchsichtig werden. Jedenfalls ist für diese Dame weniger die pekuniäre Seite maßgebend, als die Etiquettenfrage, und man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, daß für Deutschlands Geschichte die Hartnäckigkeit, die der Beschränktheit überall in besonderem Maße eigen ist und die sie kitzelte, in den Rang der Feldmarschallsfrauen zu

gelangen, von unheilvollstem Einfluß war. Herrn von Böttichers Klebrigkeit gewann gerade in der Bismarckkrise ihren seltsamsten Ausdruck. Er war zu jener Zeit nichts Anderes, als ein Gehilfe, keineswegs aber ein Kollege des Fürsten Bismarck. Seine Aufgabe war es, seinen Chef zu vertreten, eine selbstständige Stellung besaß er nicht. Wenn er hinter dem Rücken seines Chefs dem Kaiser Vorschläge machte, die den Ideen des Vorgesetzten widersprachen, so lud er den Verdacht der tendenziösen Konspiration auf sich, der allerdings, in Anbetracht des eingetretenen Wechsels in den Neigungen des Kaisers, mit seiner Klebrigkeit vortrefflich stimmte. Daß er im Reichstage anders sprach, als in heimlichen Konferenzen, thut dem Familienvater und Staatsdiener keinen Abbruch. Man hat, sehr zu Unrecht, den Fürsten Bismarck mit Wallenstein verglichen; dem Octavio gleicht Bötticher in allen Stücken.*)

Zu den Repräsentanten der Böttcherei gehörte auch Herr von Goßler, dessen Schicksal tragisch zu nennen wäre, wenn der Begriff der Tragik anwendbar wäre bei Männern von seiner Bedeutung. Er ist immerhin mit großen Gewissensskrupeln daran gegangen, sich selbst zu verleugnen, und ist wohl zu seiner famosen Stellung in der Sperrgelderfrage nur bewogen worden, um sich die Möglichkeit weiterer Verwendung im Staatsdienste aufzu-

---

*) Man hat von freisinniger Seite mit gewohnter Frechheit dem Fürsten Bismarck insinuirt, er habe die Dotirung des schwer bedrängten Herrn von Bötticher durch den Welfenfonds an die Oeffentlichkeit gezogen. Für Jeden, der es weiß, daß die bekannt gewordenen Zahlen der Schuldsummen der Herren Berg und Bötticher nur einen kleinen Theil der thatsächlichen Summen angeben, ist die Insinuation durchsichtig.

sparen. Zum Marquis Posa ist er weniger geeignet, als zum Polonius, dessen unfreiwillige Komik er erreichte, als er, ein Fläschchen Lymphe in der Hand, den „schönsten Tag" seines schon durch die Schulkonferenz verschönten Lebens feierte. Er hätte sich Maybach und Scholz als Vorbilder nehmen sollen, die sich nie aus der Axe ihres persönlichen Willens drängen ließen. Die Herren von Berlepsch und von Heyden haben sich wohl in ihren kühnsten Träumen für nichts Anderes angesehen, als für Strohmänner eines höheren Willens. Herr von Heyden hat seine Anschauungen von der Nützlichkeit der landwirthschaftlichen Zölle ganz in den Dienst seines kaiserlichen Herrn gestellt und wird im Reichstage das für ein Wiesel erklären, was er bisher für ein Kameel gehalten hat. Kollege Berlepsch gab die Ueberschrift für ein neues Kapitel; nie hat die Judenpresse einem Manne mehr zugejubelt, als ihm, den man für den ersten Sturmbrecher gegen die Machtfülle des Fürsten Bismarck ansah. Seit seiner Ernennung ist nichts weiter von ihm verlautet. Herr Herrfurth ist ein in der Wolle gefärbter Liberaler, der sich in der Landgemeindeordnung trefflich mit Herrn Miquel zusammenschirren ließ. Er hat wenigstens Ansichten, wenn dieselben auch nichts taugen. Mit seinem früheren Vorgesetzten und jetzigen Untergebenen, Herrn von Puttkamer, verbindet ihn nichts, als die Strebsamkeit, das allgemeine Kennzeichen der Böttcherei. Am Geburtstage des Kaisers erhielt er den Hausorden für seine Thätigkeit.

Mit den genannten Herren Ministern theilen sich in die Portefeuilles und sonstigen maßgebenden Stellungen die Militärs. Der Kaiser liebt Uniformen um sich, die den militärischen Gehorsam bedeuten. Schon die Anfangsszene nach der Ent-

lassung oder vielmehr während der Entlassung Bismarcks deutete darauf hin, daß der neue Kanzler keine andere Aufgabe erhalten solle, als zu gehorchen und Unterschriften herzugeben. Aus seinem eigenen Kopfe scheint nur eine einzige Handlung entsprungen zu sein: daß er es sich in den Räumen des Reichskanzleramtes bereits bequem machte, ehe noch sein Vorgänger, der doch wohl das Anrecht auf einige Rücksicht besaß, seine privata zu entfernen die Zeit besaß. Herr von Caprivi befand sich in keiner beneidenswerthen Situation, als er damals das Antlitz des Mannes wiedersah, den ersetzen zu können er sich selbst außer Stande erklärte. Ueber die auswärtige Politik des Herrn Caprivi ist wenig zu sagen, da er nie, außer in Chile, eine solche hervorgekehrt hat. Er ist naturgemäß Dilettant in derselben, ohne das Glück zu haben, das manchmal gerade den größten Dilettanten folgt. Er hat sich und seine sogenannte Politik, ja, den ganzen neuen Ministerkurs in seiner Osnabrücker Rede treffend gezeichnet: „Es giebt gute Tage, es giebt schlechte Tage, man muß sie nehmen, wie sie kommen." Daß er hiermit sich einem Bismarck gegenüber karrikirte, hat er nicht bemerkt. Im Uebrigen schläft er sicherlich ruhig, so ruhig wie ein Feldwebel, der dem Kompagniechef gegenüber seine Initiative zusammenfaßt in den Worten: „Zu Befehl." Rühmenswerth allerdings ist es, daß er sich durch den Weihrauch, der ihm, ehe er den Mund aufthat, gestreut wurde, nicht irre machen ließ, sondern ruhig bei der Ueberzeugung blieb: Der Weihrauch wäre jedem anderen Nachfolger Bismarcks gestreut worden.

Noch eine Erscheinung mag an dieser Stelle Erwähnung finden, die auf die gleiche Wurzel zurückgeht. In die wichtig-

sten Staatsämter werden Männer berufen, denen die Ausfüllung derselben ihrer ganzen Entwicklung nach fremd sein muß. Herr von Zedlitz hat keine andere Anwartschaft auf das wichtige Amt eines Kultusministers, als die Ablegung des Fähnrichsexamens und allenfalls noch die Namensvetterschaft mit dem Beschützer Kants; er hätte sich trefflich zum Minister des Innern geeignet und sich in dieser Stellung auch wohl gefühlt. Als Kultusminister kann er im Reichstage kaum Ersprießliches leisten. Herr von Caprivi, der vorzügliche Eignung zum Kriegsminister oder Generalstabschef besitzt, kann als Minister des Auswärtigen nur eine überaus unglückliche Rolle spielen. Man denke sich ihn gegenüber einem so mit allen Hunden gehetzten Politiker wie Lord Salisbury oder Giers. Zum ersten Gehilfen hat er nicht etwa einen Mann von Erfahrung, sondern Herrn von Marschall, welcher, wie schon angedeutet, die Wurzel der Dinge nach Baden zu leiten die angenehme Aufgabe besitzt. Die Rechtszustände unter Herrn von Schelling lassen nicht die Vermuthung zu, daß er zum ersten Beamten der deutschen Rechtspflege von der Vorsehung bestimmt sei. Der Eifer der Beamten unter ihm scheint sich weniger auf die Bestrafung von Meineiden zu richten, als auf die Sühnung kleiner Preßvergehen und sorgfältig behandelter Majestätsbeleidigungen. Allerdings fallen die Affairen Paasch, Mandl, Bleichröder nicht ihm allein, sondern der ganzen Böttcherei zur Last.

Bei all' solchen Erscheinungen ist nun ein Ding besonders schlimm. In der Menge fragt man sich: Ist es denn so leicht, Minister zu sein? Wozu dann das lange Studium, wozu die Arbeit? „Streben“ wir, ohne Arbeit hinauf zu gelangen. Herr von der Schulenburg macht Schule. Der

schönrednerische Levetzow, ein recht witterungskundiger Herr, vergaß seine lateinischen Brocken sämmtlich, als er im Reichstage Kunde von Bismarcks Entlassung gab. Und doch hätte er viel besser als bei einer früheren Gelegenheit rufen können: „Morituri te salutant, Caesar!“ Denn erstens war der Begrüßte dem Julius Caesar gleich, zweitens „erstarb“ er und seine Kollegen wirklich und drittens paßte die Situation nicht schlecht mit jener zusammen, bei welcher die im Wasser schwimmenden Sklaven diesen Ausruf thaten. Wie die ganze Nation, so werden vor Allem die Beamten stutzig, die sich plötzlich unter Vorgesetzten sehen, deren absolute Unkenntniß ihres Faches ihnen nicht unbekannt sein kann. Die Herren Gesandten speziell fassen die Sache von der angenehmen Seite auf, aber gerade unser tüchtiger Beamtenstand im Inlande ist tief verletzt. Sachlich aber ist die Folge des Systems ein ganz kolossaler Dilettantismus, ein Dilettantismus, der, selbst unklar und schwankend in seinen Zielen, naturgemäß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Unklarheiten und Schwankungen zeitigen muß. Er drückt sich ängstlich nach jeder Meinungsäußerung herum und tritt in totale Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung. Man trifft Maßregeln, schafft Gesetze, nicht weil sie als nothwendig erkannt werden, sondern weil speziell die Judenpresse darum lärmt und damit man Zeitungslob ernte. Dieser Dilettantismus wird noch wesentlich gefördert durch den Umstand, daß die Männer, so gegenwärtig an der Spitze stehen, sich außerhalb jedes Zusammenhanges mit dem realen Leben befinden. Sie sind im besten Falle Bureaukraten, die vom grünen Tisch aus die Welt betrachten, mit Ausnahme vielleicht des Herrn Miquel, der vom Börsenthum allerdings sehr viel versteht.

Es ist natürlich, wenn die Volksmeinung, und vor Allem die Herren Minister selbst die Ansicht nähren, daß sie gewissermaßen der Verantwortlichkeit überhoben seien. Das häufige persönliche Hervortreten des Kaisers zu Kundgebungen, die für die Minister selbst den Reiz der Ueberraschung tragen, mag diesen Glauben stärken; die Fingerfertigkeit, mit welcher von ihnen Vorlagen eingebracht, umgeändert, in ihr Gegentheil verkehrt werden, mag als ein Ausfluß jenes Mangels an Verantwortlichkeitsgefühl anzusehen sein. Die Zustimmung des Freisinns zu allen persönlichen Kundgebungen des Kaisers gilt weniger dem Inhalt dieser Kundgebungen, als dem persönlichen Momente. Man hofft dort, daß sich, wenn auch zunächst nicht formell, so doch sachlich ein verantwortliches Kaiserthum konstituirt, und sieht bereits den antimonarchischen Weizen hoch in die Höhe schießen. Aus dieser Wahrnehmung mag andererseits die Stellungnahme zahlreicher Monarchisten resultiren, die namentlich für die Lage eines zukünftigen Herrschers von geringerem Selbstbewußtsein fürchten und daher schon jetzt das Werk unternehmen, die Monarchie gegen sich selbst zu schützen. Im Jahre 1863 hat Herr von Bismarck im preußischen Herrenhause prophetisch auf die Gefahren des „hoc volo, sic jubeo“ hingewiesen.

In ein besonders scharfes Licht stellt die durch das Münchener Kaiserwort geschaffene Lage folgender Artikel der konservativen „Dresdner Nachrichten“:

„Der Wille des Herrschers ist das höchste Gesetz.“ Als die Kunde in die Oeffentlichkeit drang, daß der deutsche Kaiser diese Worte in lateinischer Sprache in das Fremdenbuch der Stadt München eingetragen, da erhob sich dringender Zweifel an der Wahrheit der wundersamen Meldung. Es entsprach

dem Gefühle der Loyalität, ein beglaubigtes Zeugniß abzuwarten, ehe man sich zur Kritik entschließen durfte. Die Bestätigung ist von allen Seiten gekommen, und so stehen wir abermals vor einem Kaiserwort, das nur mit tiefer Sorge erfüllen kann. Denn es dürfte nicht ein momentaner Einfall sein, der sich hier wiederspiegelt, sondern in jenem Worte scheint überhaupt der Ausdruck der Weltauffassung zu liegen, wie sie den Enkel des ersten Kaisers erfüllt. Es brauchte gar nicht bekannt zu werden, daß der Spruch bereits vor Monden dem gleichen Munde entfloh, als ein Abgeordneter der Provinz Sachsen der Ehre eines Gespräches theilhaftig wurde; eine ganze Reihe von Worten ähnlicher Art kursiren längst in den Schichten des Volkes, und nirgends war der Beifall ungetheilt. Man wird mit dem lebhaften Bedauern darüber nicht zurückhalten dürfen, daß Worte, die der Mißdeutung in besonderem Grade fähig sind, Beunruhigung und Verwirrung immer von Neuem erregen, und dieses Bedauern wird dort um so lebhafter erwachen, wo man ein starkes Monarchenthum, gegründet auf dem Felsen der Verfassung, als festestes Bollwerk betrachtet gegen die fluthenden Wogen des heutigen Tages. Nicht eine willkürliche Interpretation erst legt einer Reihe kaiserlicher Sprüche unwillkommenen Sinn unter, sondern sie stehen vor uns in elementarer Nacktheit, und es bedürfte erst der Kunst der Sophistik, sie in Einklang zu bringen mit dem, was wir sonst zu meinen gewohnt sind.

Als der scheidende Minister von Goßler das Bild seines kaiserlichen Herrn als Dank für die bewiesene Nachgiebigkeit erhielt, jenes Bild, an dessen Fuße das vielberufene Wort als Juvenal prangte: „Hoc volo, sic jubeo“, da konnte man zur Noth aus dem Zitat eine scharfe Satyre heraushören auf

eine bisher nicht gekannte Rückgratslosigkeit preußischer Staatsdiener. Ueberlegene Naturen empfinden Freude daran, dem Schwächling im Spiegel das eigene Gesicht zu zeigen. Der grimmige Humor Hamlets feiert seinen höchsten Triumph, als er Polonius mit der Peitsche seines Witzes antreibt. Aber Wort für Wort kehrt in neuer Form immer und immer wieder. In Brandenburg und Düsseldorf wurde bei festlichem Mahle der Grundsatz proklamirt, daß nur Einer Herr im Lande sei, der Kaiser, daß er keinen Andern neben sich dulde; da wurde gedroht, daß Jeder zerschmettert werden solle, der sich der Arbeit des Monarchen entgegenstelle. Es wurde ein anderes Mal an das Volk die Mahnung gerichtet, dem Herrscher durch Dick und Dünn zu folgen. Den Worten zur Seite ging eine Reihe von Maßnahmen, die den gleichen Stempel an ihrer Stirn tragen und die im Volke den Eindruck erweckten, daß die obersten Vertreter der einzelnen Aemter sich nur als Marionetten fühlten in der lenkenden Hand des Kaisers. So entspann sich eine langdauernde, stets erneute Diskussion über die neue und eigenartige Erscheinung, daß in wichtigen Fragen über die Köpfe der Minister weg sich Kundgebungen des unverantwortlichen Herrschers direkt an die Menge richteten, ohne daß auch nur formell die Theilnahme eines Beamten erfordert wurde. Könige haben ihr Amt von oben, aber auch Könige irren. Aus dieser Erkenntniß heraus hat sich das moderne Staatsleben entwickelt, das den Schleier der Romantik und der mittelalterlichen Mystik zerriß und mit den Dingen rechnete, wie sie sind. Die Unfehlbarkeit des Papstes suchte vergeblich das eiserne Seil der Wahrheit zu durchbrechen. Das protestantische Bewußtsein hat im Konstitutionalismus seine Bestätigung gefunden.

Es ist nicht erfreulich, wenn dem Münchener Kaiserwort ein Ausspruch des großen Friedrich entgegengestellt werden muß: „Der Fürst ist nichts, als der erste Diener des Staates.“ Dieses hochherzige Geständniß des größten Vertreters des aufgeklärten Absolutismus war nicht der Ausfluß spontaner Aufwallung, sondern die Richtschnur eines ereigniß- und thatenreichen Lebens, das die kleine Monarchie zu dem Range einer Großmacht erhob. Das Wort findet sich in einem der Briefe an König Karl II. von Württemberg, einen Mann, der gerade als seinen Wahlspruch betonte, daß der Wille des Herrschers das höchste Gesetz sei. Es bringt das Wort des zweiten Friedrich wie eine ernste Mahnung herüber aus der Welt der Gräber. Und ein anderes Wort, das noch schärfer den Gegensatz zu heute betont, wird angeführt: „Das höchste Gesetz ist das Wohl des Staates.“ Die Rechte eines Monarchen sind unzweifelhaft geheiligte Rechte, aber auch sie sind nur ertheilt, damit sie zu Gunsten des Volkes und in Unterordnung unter den großen Zweck der Gesammtheit ausgeübt werden. Als Ludwig XVI. vor seinem Ende stand, da sagte er die denkwürdigen Worte: „Ich empfehle meinem Sohne, wenn er das Unglück haben sollte, König zu werden, er möge sich erinnern, daß man das Wohl des Volkes nur schaffen kann, wenn man nach den Gesetzen regirt.“ Das Resultat seines prüfungsreichen Lebens war die Erkenntniß, „daß nicht der Wille des Königs das höchste Gesetz sei.“

Die Aeußerungen, welche dem neuen Kurs den Schein einer absolutistischen Richtung verleihen, mögen den Anlaß geboten haben, daß Fürst Bismarck in Kissingen, in der einzigen öffentlichen Rede seit seinem Rücktritte, die Mahnung aussprach, daß man die Reichsverfassung schützen solle.

Es ist nur natürlich, daß sich Fürst Bismarck nicht der neuen Auffassung mehr anbequemen konnte. Sein Rücken ist zu steif geworden. Er würde im Unglücke der letzte Bediente des greisen Kaisers Wilhelm gewesen sein, aber er hat nicht gelernt, sich ohne Noth zu bücken. Er war seinem Kaiser zu treu, als das er blindlings gehorchte. Leszczinsky, Waldersee, Berchem nahmen theil an der Flucht der Befähigten. Dies ist aber um so bedauerlicher, als wir nicht reich sind an Männern, die sich zu Ministern oder zu Heerführern eignen. Bis zum Unterstaatssekretär oder zum Obersten haben wir vorzügliches Material, darüber hinaus fehlt es am Besten, an der Fähigkeit, eigene Gedanken zu haben. Selbst der vielgewandte Herr von Böttticher ist, um einen Vergleich zu brauchen, nur im Stande, einen Tausendmarkschein umzuwechseln gegen kleine Münze und dabei hübsch zu „schmusen", recht ausgiebig zu reden, aber wie man diesen Schein erwirbt, das dürfte er schwerlich wissen. Darum war es wohlverdient, daß ihm in Dingen der sozialen Frage ein Kuratorium, bestehend aus Hintzpeter, Douglas und dem Landschaftsmaler Heyden, gesetzt wurde.

Es ist nun nicht zu leugnen, daß die kraftlose Stellungnahme des deutschen Parlaments schwere Gefahren bringt. Sieht man ab von Sozialisten, Zentrum und Freisinn, die in ihrem Thun ausschließlich von der Besorgniß vor etwaiger Wiederkehr des Fürsten Bismarck beherrscht werden, so muß es doch auffallen, daß sich unter den übrigen Parteien Niemand findet, der den unheimlichen Lauf des deutschen Reichswagens zu bremsen unternähme. Man kann die gegenwärtige Politik doch sicherlich nicht als eine solche ansehen, die vom Standpunkte des quieta non movere ausgeht; sie wühlt Alles auf, bohrt in alle Verhältnisse und beginnt Dinge, deren Endziel gar nicht

abzusehen ist. Trotzdem zeigen die Konservativen, die sich systematisch zur Opposition gedrängt fühlen müßten, nur dort Muth, wo er, wie bei der Landgemeindeordnung und bei den Handelsverträgen, nichts schaden kann. Das Stichwort für dieses Verhalten hat Diest-Daber prophetisch schon 1868 ausgesprochen: „Es sind zu viel Streber in der Partei.“ Nur einen kleinen Theil dieser Partei darf man ausnehmen. Herr von Helldorf und Herr von Manteuffel sind die traurigen Paradigmata einer Gesellschaft, die sich selbst in Kurzem ans Messer liefern muß. Denn „gouvernemental“ sein bei einer sprungweise arbeitenden, in allen Farben schillernden Regierung heißt, sich selbst bankerott erklären. Dazu gehören nicht einmal Farcen, wie sie sich verschiedentlich in unrühmlichster Weise abspielten. — Die Nationalliberalen möchten schon, aber sie riskiren es nicht. Selbst ihr Verhalten in der Geestemünder Wahlsache war überaus „flötrig“. Sie erschraken davor, daß sie Mannesmuth zeigen könnten. Auf dem Berliner Parteitage ließen sich die wackeren Süddeutschen einfach mundtodt machen, als es hieß, Farbe zu bekennen. Am sympathischsten ist noch ihr Funcke aus Westfalen, der die ganze Hintzpetrigkeit des neuen Kurses mit köstlicher Ironie an den Pranger stellte, als er darauf hinwies, wie Herr Dr. Hintzpeter sich einen halben Tag in irgend einem Bezirk aufhielt und dann seine ausschlaggebenden Berichte abfaßte. Und Herr Funcke ist kein Parlamentarier. Es dürfte unter sothanen Umständen für den Fürsten Bismarck überaus schwer sein, wenn er in den Reichstag eintritt, eine Stellung zu den Parteien zu finden. Zu den Konservativen mag ihn ja alte Neigung ziehen — aber, wie gesagt, er hat nicht gelernt, mit gekrümmtem Rücken durch die Welt zu laufen. Gerade diese

Thatsache aber verurtheilt Konservative und Nationalliberale; indem sie sich von ihm loslösten, lösten sie sich auch von den Verdiensten seiner Vergangenheit los. Bei der Beschaffenheit des „neuen Kurses" wäre es ihre Pflicht noch heute, mit aller Lungenkraft zu rufen: „Fort mit dem Ministerium Caprivi!"

In früheren Zeiten wurden in den städtischen Republiken solche Leute, die anders stimmten, als es ihre Pflicht war, einfach aufgehenkt. Jetzt leben wir im Zeitalter milderer Sitten, jetzt wird als Andeutung nur ein seidenes Band verliehen. Es wäre ein Wunder, wenn in dem jungen Monarchen nicht bald jene Empfindung das Uebergewicht gewänne, welche der Fürst Bismarck in so hohem Grade besitzt: Menschenverachtung.

Der Beschaffenheit des Parlaments entspricht im Allgemeinen die Presse, nur daß für diese ein Milderungsgrund darin liegt, daß sie nicht über die gleiche Wortfreiheit verfügt, wie Reichstag und Landtage. Man findet Ausnahmen, die frei und ehrlich ausdrücken, was die Patrioten empfinden, aber bezeichnender Weise hat gerade die Berliner Presse sich in den Lakaiendienst begeben. Wenn man erwägt, daß der größte Theil der Presse in Judenhänden steckt, wenn man erwägt, daß das Judenthum in seiner ganzen Entwickelung revolutionär und antimonarchisch ist, so kann man den Kaiser zu der schmeichelnden Zustimmung so zahlreicher Preßorgane nicht beglückwünschen. Die innige Verbindung des Herrn Miquel mit der Presse bis tief zum „Berliner Tageblatt" hinab mag in diesem Zusammenhang nur angedeutet sein.

Sicherlich ist unter den Faktoren, welche der jetzige Minister des Aeußeren als besonders wirksam für seine Politik

in Rechnung stellt, die persönliche Galanterie des Kaisers der bedeutsamste. Herr von Caprivi giebt sich der Ueberzeugung hin, daß alle Schwierigkeiten der Situation sofort gelöst sind, wenn sein junger Herr persönlich erscheint und die Herzen der Fürsten, der Minister und der Völker gewinnt. Wäre er nicht dieser Ansicht, so wäre es seine Pflicht gewesen, diese Reisen zum größten Theile zu widerrathen, denn die Historie lehrt, daß Herr von Caprivi sich recht oft getäuscht hat. Die Interessen der Völker schreiten über jede noch so große Liebenswürdigkeit hinweg. Ja, es ist sogar möglich, daß das herzliche Entgegenkommen eine gegentheilige Wirkung ausübt, als beabsichtigt war. Darüber darf man sich nicht im Unklaren bleiben, daß der neue Kurs in der auswärtigen Politik zu den entscheidenden Ursachen für den Rücktritt des Fürsten Bismarck gehörte. Die zweite Reise nach England und ihre Folgen in Kronstadt und Portsmouth sind ein Beweis dafür, daß es in der Politik weniger auf edelherzige Absichten, als eine klare und selbst pessimistische Auffassung der Menschen ankommt. Politik heißt Menschenkenntniß. Von annähernd gleicher Bedeutung ist die Entrevue in Rohnstock geworden, die das Resultat hatte, den Kaiser von Oesterreich bei guter Laune zu erhalten. Der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Petersburg war hierbei nicht vorausgesehen worden. Auch die jüngste Fahrt nach der „Reichsstadt" München hat zu mancherlei Mißverständnissen geführt. Die Minister hätten die Pflicht gehabt, den Kaiser, ehe er sein Eintreffen am bayrischen Hofe anzeigte, um die Truppen zu inspiziren, daran zu erinnern, daß dies nicht völlig im Sinne der Verfassung liege. Man hätte es dann vermieden, daß erst eine nachträgliche Einladung des

Prinzregenten das richtige Verhältniß wieder herstellte, nach welchem der Kaiser lediglich als dessen Gast angesehen werden konnte.

Im Fürsten Bismarck sind gerade alle jene Eigenschaften vereint, welche seine Epigonen nicht besitzen, und da die letzteren den Beifall des Kaisers haben, so mußte nothwendiger Weise ein Bismarck von der Bildfläche verschwinden. Auch der Hergang des letzten Aktes kann darnach nicht mehr befremden. Es muß an dieser Stelle darauf eingegangen werden, weil die Verantwortung für die Katastrophe vom März 1890 seinen Nachfolgern verfassungsmäßig aufzuerlegen ist. Die einzelnen Momente des Entlassungsaktes hängen absolut folgerichtig zusammen: Die schon angedeutete Meinungsverschiedenheit über die russische Reise, der Gegensatz in der sozialen Frage, die Differenz wegen des Besuchs Windthorsts und die vom Kaiser erstrebte Beseitigung der Kabinetsordre, welche die Befugnisse des Ministerpräsidenten festsetzt.

Der Kaiser glaubte, gegen Bismarck und Moltke, die Sozialdemokraten durch allerlei Zugeständnisse gewinnen zu können. Das ist thatsächlich seine An- und Absicht gewesen. Er glaubte ferner, des Sozialistengesetzes entrathen zu können. Diese letztere Ansicht setzte sich in ihm jedoch erst fest, als er sich bereits thatsächlich von der sozialen Auffassung seines Großvaters und seines Kanzlers losgesagt hatte. Wie aber gelangte der Kaiser zu seiner neuen Anschauung? Die Frage dürfte noch nirgends richtig beantwortet worden sein. Den mechanischen Anlaß hierzu gab wider Willen kein Anderer, als in einer guten Absicht König Albert von Sachsen. In Sachsen bestehen seit geraumer Zeit zahlreiche soziale Wohlfahrtseinrichtungen, welche den dortigen In-

dustriellen gewisse Lasten auferlegten und ihnen die Konkurrenz erschwerten. Diese wandten sich mit einer Eingabe an die sächsische Regierung um Beschränkung ihrer Opfer oder doch um die Vermittelung dafür, daß auch in den übrigen Bundesstaaten gleiche Einrichtungen getroffen würden. Der König von Sachsen wandte sich deshalb an den deutschen Kaiser, der den Gedanken mit Feuereifer aufgriff, alle Hindernisse durch ein Machtwort beseitigte, das Sozialistengesetz als eine Gefahr erkannte und eine neue Lösung der sozialen Frage gefunden zu haben glaubte. Da Fürst Bismarck die lebhafteste Befürchtung hegte, daß hiermit Bahnen in unbekannte Länder beschritten würden, und namentlich auch aus seinen praktischen Erfahrungen als Landwirth sich gegen eine Verallgemeinerung an sich wünschenswerther Einrichtungen erklärte, so wandte sich der Kaiser an Herrn von Böttticher, der auch eilends alle seine bisherigen Ueberzeugungen über den Haufen warf und lundabiliter se subjecit, sich löblich duckte. Als Bismarck in Berlin eintraf, hat ihn der Kaiser zu bekehren gesucht. Fürst Bismarck warnte und mahnte; um — nach seiner Auffassung — größeres Unheil abzuwenden, übernahm er die Redaktion der bekannten beiden Februar-Erlasse, in denen er die ursprünglichen Aufstellungen — die mit den Ansichten Hinzpeters übereinstimmten — wesentlich abschwächte. Er fand halb unerwartet die Zustimmung des Monarchen, konnte sich aber nicht entschließen, die Erlasse sofort zu veröffentlichen, sondern legte sie vorläufig in den Tischkasten. Fürst Bismarck hat noch einmal flehentlich den Kaiser gebeten, die Erlasse lieber ins Feuer zu werfen oder sie ewig in seiner Schublade zu belassen. Ohne Gegenzeichnung erschienen sie endlich am 4. Februar im „Reichsanzeiger“.

Es ist bekannt, daß Fürst Bismarck, nach dessen Idee wohl ursprünglich der Staatsrath nur durch einige internationale Delegirte verstärkt werden sollte, sich in seiner Berechnung insofern getäuscht hat, als er die Majorität desselben für Männer von fester Ueberzeugung hielt. Er hatte gehofft, daß Gründe stärker wären, als die heimlichen Wünsche des Strebertums. Der Staatsrath aber floß hinüber in die Böttcherei. Herr Buchholz, das sozialistische Mitglied desselben, wurde allerdings nicht bekehrt. Um die Verantwortung für Maßregeln, die er für unheilvoll ansah, nicht tragen zu müssen, gab der Kanzler das Handelsministerium an Herrn von Berlepsch ab. Die merkwürdige Erscheinung, daß die Schweiz bereits eine ähnliche Konferenz berufen hatte, hat in Manchem den Eindruck gemacht, als wenn die Berliner Konferenz nur den Zweck eines Schaustückes hätte. Nach dem Berichte des Herrn Marocchetti, des italienischen Botschafters in Petersburg, sprach Giers seine Befriedigung darüber aus, daß „Rußland solchen Projekten fernbleibe, deren Resultate sich nicht voraussehen lassen.“ „Zeigt die Konferenz,“ sagte er, „nicht den Sozialisten, daß mit ihnen wie mit einer wirklichen Macht gerechnet werden muß? Ist es etwa weise und angezeigt, mit solchen Elementen gleichsam in Verhandlung zu treten?“ Herr Giers hat sich noch stets als umsichtiger und kluger Staatsmann bewiesen. Das Resultat der Konferenz in positivem Sinne war gleich Null, das Resultat in negativem Sinne schon deshalb bedeutend, weil das Bestreben der Sozialisten, staatliche Grenzen zu ignoriren, autoritativ Anerkennung und Nachahmung fand. Bismarck nannte die Konferenz eine einzige Phraseologie. Der diametrale Gegensatz, der in dieser Beziehung zwischen Kaiser und Kanzler zu

Tage kam, läßt sich dahin ausdrücken: Der Kaiser wollte neue Bahnen, ohne sich um Löcher und Unebenheiten in denselben zu kümmern. Er glaubte, der Staatskarren werde leicht darüber hinwegkommen. Fürst Bismarck wollte nur einen Weg entlang fahren, den er genau kannte, und jedenfalls erst Schritt für Schritt untersuchen, ob er fahrbar sei. Dann allerdings wollte auch er vorwärts kutschiren.

Den latenten Gegensatz brachte ein akuter Fall zum Ausbruch. Hier aber ist es, wo wir demjenigen Faktor begegnen, den wir bis jetzt vermißten: dem Juden. Der Name des Juden, der hier seinen ganzen Volksstamm repräsentirt oder vielmehr dessen Auftrag ausführte, lautet Bleichröder. Fürst Bismarck hatte wiederholt geäußert, daß er es für seine Amtspflicht halte, jeden Abgeordneten, der ihm seinen Besuch anmelde, zu empfangen. Als Windthorst ihn am 13. März aufsuchen wollte, wurde ein großer Apparat in Bewegung gesetzt. Trotzdem Windhorst die Gepflogenheit des Fürsten Bismarck kannte, wurde Bleichröder als Vermittler gewählt, und derselbe Mann dürfte es denn auch gewesen sein, der auf direktestem Wege die Thatsache des Empfanges sofort an den Hof berichtete. Gleichzeitig dürfte derselbe Mann über den Inhalt der Unterredung Mittheilungen gemacht haben, die das als Thatsache geben, was er und Windthorst gern als Thatsache erscheinen lassen wollten. Der Kaiser gewann die Ansicht, als habe Fürst Bismarck mit Windthorst konspirirt. Thatsache ist, daß das Gespräch, das von Herrn Windthorst nur herbeigeführt war, um den angedeuteten Zweck zu erfüllen, nämlich um denunzirt zu werden, sich um Herrn von Caprivi drehte, über den sich Fürst Bismarck sehr wohlwollend ausließ.

Gerade in letzter Zeit sind speziell durch den klerikalen Hauptmoniteur, die „Germania“, allerhand Mittheilungen über das Gespräch Windthorsts mit dem Fürsten Bismarck in die Welt gesetzt worden in der speziellen Absicht, den Nachweis zu erbringen, daß Windthorst doch schließlich „früher aufgestanden sei“, als sein großer Gegner. Für den Unbefangenen entsteht der Eindruck, daß das Gespräch, welches sicherlich gar keinen positiven Inhalt von politischer Bedeutsamkeit besaß, nur herbeigeführt wurde, um denunzirt zu werden. Das Bündniß aber zwischen Judenthum und Jesuitismus wird nur dem Laien auffallend erscheinen; es wiederholt sich in dem Verhältniß von Miquel und der alliance israélite.

Der Kaiser fuhr, wie bekannt, am frühen Morgen beim Kanzler vor — von der Unterredung am vorhergehenden Abend muß er noch Nachts erfahren haben — und machte demselben die lebhaftesten Vorwürfe, die darin gipfelten, daß er sich die Annahme von Besuchen durch den Kanzler verbitten müsse. An dieser Ansicht hielt er auch fest, als Bismarck bemerkte, daß er sich nicht das Recht nehmen lasse, innerhalb seiner Schwelle zu empfangen, wen er wolle; das sei sein privates Recht als Mann. Fürst Bismarck mußte auf eine fernere Aeußerung des Kaisers bemerken, daß er zu alt sei, um sich in privaten Dingen unter Vormundschaft zu stellen. Der Kaiser fuhr in großer Erregung davon. (Ganz nebenbei gesagt, stützt sich die kaiserliche Regierung nach Bismarcks Entlassung hauptsächlich auf das Zentrum; gerade das wird also akzeptirt, was man auf ein lügenhaftes Gerücht hin dem alten Kanzler so verübelt hatte!)

Es ist behauptet worden, daß damals oder bei ähnlicher Gelegenheit Fürst Bismarck die Achtung, die er seinem Herrn zollte, außer Augen gelassen habe; es wurde sogar von sehr hochstehender Seite verbreitet, daß der Kaiser gefürchtet habe, Fürst Bismarck „werde ihm das Tintenfaß an den Kopf werfen". Diese Darstellung ist eine positive Unwahrheit. Fürst Bismarck ist nie auch nur unhöflich geworden. Ihm stand der Vorzug des Alters zur Seite, das ihn seine Worte wägen ließ.

Es vergingen noch einige Tage bis zur Entlassung. In diese fällt die Meinungsverschiedenheit über die Kabinetsordre von 1852. Diese untersagt bekanntlich den Ressortministern den Vortrag beim Könige ohne Vorwissen des Premierministers. Die Ordre bestand zu Recht, es war Bismarcks Pflicht, an ihr festzuhalten, zumal sie thatsächlich die Grundlage bildete für das ganze preußische Ministerialsystem*). Der Ministerpräsident hat als solcher kein Ressort; seine einzige Aufgabe ist es, über alle Zweige der Politik zu wachen; hierin allein beruht die Möglichkeit einer in allen Theilen von gleichen Gesichtspunkten getragenen Staatsleitung. Der Kaiser verlangte als sein Recht, jeden Minister zum Vortrag zuzulassen, auch ohne Wissen des Ministerpräsidenten. Indem Bismarck die einzige Befugniß, die ihm als solchem zustand, entzogen ward, wurde sein Amt illusorisch, der Kaiser selbst wurde Ministerpräsident. Der direkten Forderung des Kaisers gegenüber — dessen Anschauung hier mit dem Interesse des Herrn von Bötticher

---

*) Diese Kabinetsordre ist auch unter Caprivi nicht aufgehoben worden.

zusammentraf — beharrte Bismarck auf seiner Auffassung und zog sich mit den Worten zurück, daß er dann eben aufgehört habe, Ministerpräsident zu sein.

Hiermit war das Tischtuch zerschnitten, insofern als der Kaiser jetzt den formellen Anlaß besaß, die Entlassung des Fürsten Bismarck auf dessen Initiative zurückzuführen. Nur in diesem Sinne kann also von einem „angedrohten" Entlassungsgesuch des Kanzlers die Rede sein, zumal die folgenden Thatsachen beweisen, daß in den gefahrvollen Tagen des März Fürst Bismarck schwere patriotische Bedenken besaß und die Verantwortung nicht tragen wollte, gerade jetzt von seinem Platze zu weichen. Kaum aber war die Unterredung beendet, so erschien General von Hahnke bei Bismarck, um mitzutheilen, der Fürst möge „nun endlich" das „angedrohte" Entlassungsgesuch einreichen. Der Kanzler — wir entnehmen Alles dies gewissen bekannt gewordenen Notizen — erklärte, er könne in dem gegenwärtigen Momente nicht die Verantwortung für seine Entfernung übernehmen, zum Mindesten müsse er in ausführlicher Weise die Gründe seines Rücktritts darlegen. Uebrigens habe ja der Kaiser das Recht, ihn in jedem Augenblick ohne Weiteres zu entlassen. An demselben Tage erschien bereits Herr von Lucanus, der Chef des Zivilkabinets, im Palais des Reichskanzlers, um abermals zu drängen. Bismarck hatte die Denkschrift noch nicht beendet und gab eine ähnliche Antwort, wie vorher. Unmittelbar nach Konzeption des Schriftstücks entsandte der Kanzler dasselbe an den Monarchen. Bereits am nächsten Tage erschienen die Herren Hahnke und Lucanus in der Rolle von Rosenkranz und Güldenstein abermals. Jeder von ihnen trug einen blauen Brief. Fürst Bismarck sollte zum Generaloberst und zum Herzog von Lauenburg

ernannt werden. Außerdem ward bekanntlich die Absicht des Kaisers angekündigt, vom Reichstage für den Fürsten eine Dotation von einer Million zu fordern. Fürst Bismarck lehnte diese Dotation ab; er erklärte ferner, auf den Herzogstitel zu verzichten, den Rang als Generaloberst könnte er umsoweniger ablehnen, als dieser zu nichts verpflichtete. Nichtsdestoweniger erschienen bekanntlich die kaiserlichen Gnadenerweise im „Reichsanzeiger", und zwar, was für die angewandte Eilfertigkeit bezeichnend ist, da der nächste Tag ein Sonntag war, in einer Extraausgabe desselben. Bismarck selbst dürfte erst an dritter Hand den „Reichsanzeiger" erhalten haben und damit von der ihm ertheilten, als nicht erwünscht bezeichneten Gnade unterrichtet worden sein. Ein weiterer Protest war jedoch unmöglich geworden.

Beneidenswerth ist gegenüber der Thatsache, daß Bismarck in ausführlicher, an sachlichen Gründen reichen Denkschrift seine Entlassung nachsuchte, der Umstand, daß die Gewährung derselben ausschließlich mit der Rücksicht auf des Fürsten Gesundheitszustand begründet wurde. Es ist dies um so bemerkenswerther, als seinen eigenen Aeußerungen zufolge sich Bismarck geistig und körperlich selten frischer und gesunder fühlte, als in jenen Tagen und als er weder in dem erwähnten Schriftstück noch sonstwo seinen Gesundheitszustand auch nur erwähnt hatte. Von diesem Gesichtspunkt aus führte sich der „neue Kurs" nicht besonders glücklich ein. Vielleicht wären auch durch Veröffentlichung des Bismarck'schen Entlassungsgesuches spätere, unliebsame Erörterungen in der Presse und im Volke vermieden worden. Wie bereits erwähnt, fand der scheidende Kanzler, noch ehe er amtlich von seiner Entlassung

erfuhr, Herrn von Caprivi wirthschaftend und anordnend in den Räumen des Kanzleramtes.

Selbstverständlich involvirt diese trockene Darstellung nicht den geringsten Vorwurf nach irgend einer Seite; immerhin dient sie als Illustration der Energie, welche im neuen Kurse zum Ausdruck kam, und kann auch als ein Symptom dafür betrachtet werden, daß das schneidige Beamtenthum nicht ausgestorben ist. Im gewöhnlichen Leben allerdings könnte man sein Urtheil hiernach etwa in den Worten zusammenfassen: „Fürst Bismarck ist die Treppe hinabgeworfen worden.“

Es sind nicht überall erfreuliche Dinge, die in dem Vorstehenden berührt worden; aber es ist besser, sie offen darzulegen, weil Wunden nur dann geheilt werden, wenn man sich vor ihrem Anblick nicht scheut. Je weniger aber Anlaß zur Freude vorliegt, um so wohlthätiger wird man es empfinden müssen, daß durch die Reichstagswahl des Fürsten Bismarck die Möglichkeit geboten ist, in dem Wust von Charakterlosigkeiten, welche die Gegenwart zeitigt, wieder einen Charakter zu erblicken. Ob Fürst Bismarck in den Reichstag eintreten wird? Man wird sich, wenn man hierauf antworten will, daran erinnern müssen, daß Bismarck nur auf dringendes Bitten und nach bereits erfolgter Ablehnung sich durch die Vorstellung zur Annahme der Kandidatur in Geestemünde bewegen ließ, daß sonst der Wahlkreis den Reichsfeinden verfallen sei. Nach der bisherigen Entwicklung dürfte anzunehmen sein, daß Fürst Bismarck jetzt ganz zufrieden ist, die Möglichkeit des öffentlichen Auftretens zu besitzen. Er dürfte sich in der Lage eines Berliners befinden, der sich ein Terrain in Lichterfelde kauft, nicht um sofort eine Villa darauf zu bauen, sondern um die Möglichkeit zu haben, eine solche aufzuführen,

wenn er einmal Lust und Neigung dazu besitzen sollte. Er wird eben, wenn es ihm nöthig scheint, den Reichstag mit seinem Besuch beehren und sine ira et studio Stellung zu dieser oder jener Vorlage nehmen. Dieser Auffassung entsprechen die Worte, welche der Fürst an die Siegener Deputation gerichtet hat. Daß man jenem Augenblicke, und zwar nicht allein unter gewissen Mitgliedern des Reichstags, mit Beklommenheit entgegensieht, liefert den traurigen Beweis, daß es Leute giebt, die dem Gründer des Reichs am liebsten nicht mehr unter die Augen treten möchten. Kraft ihrer erstrebten Machtstellung bei Hofe dünken sie sich hoch erhaben über ihn und fürchten ihn dennoch, wie Sklaven die Peitsche.

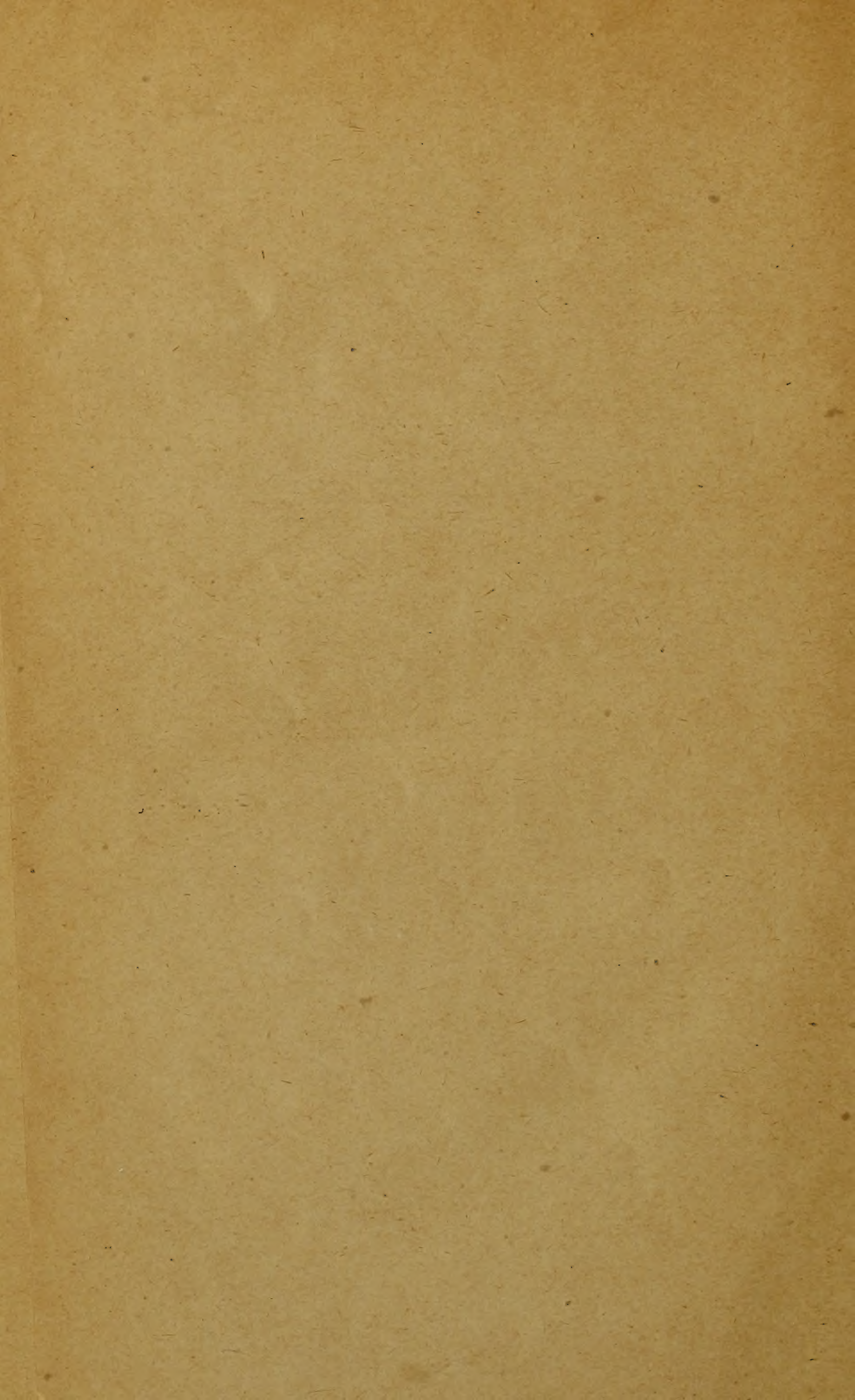













BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22413 9904